

Dieter Dowe
(Herausgeber)

Partei und soziale Bewegung

Kritische Beiträge
zur Entwicklung der SPD
seit 1945



Verlag J. H. W. Dietz Nachf.



A 93-1386

Inhalt

Vorbemerkungen des Herausgebers	7
<i>Michael Schneider</i> Partner, Gegner – oder was? Sozialdemokratie, Gewerkschaften und soziale Bewegungen vom Kaiserreich bis zur Gegenwart	11
<i>Friedhelm Boll</i> Hitler-Jugend und skeptische Generation. Sozialdemokratie und Jugend nach 1945	33
<i>Willy Albrecht</i> »Unter den Talaren . . .« Studentenbewegung und Sozialdemokratie bis 1968	59
<i>Beatrix W. Bouvier</i> Auf der Woge des Zeitgeistes? Die SPD seit den 60er Jahren	81
<i>Patrik von zur Mühlen</i> Die Opposition gegen die SED und die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR	101
<i>Zum Herausgeber und zu den Autoren</i>	119

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Partei und soziale Bewegung : kritische Beiträge zur Entwicklung der SPD seit 1945 /
Dieter Dowe (Hrsg.). – Bonn : Dietz, 1993
ISBN 3-8012-0197-X
NE: Dowe, Dieter [Hrsg.]

Copyright © by Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn
In der Raste 2, D-53129 Bonn

Umschlag: Manfred Waller, Reinbek (unter Verwendung eines Fotos
aus dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung)
Gesamtherstellung: satz+druck gmbh, Düsseldorf
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 1993

Partner, Gegner – oder was? Sozialdemokratie, Gewerkschaften und soziale Bewegungen vom Kaiserreich bis zur Gegenwart

Die ausländerfeindlichen Gewalttaten der letzten Monate geben der Frage nach dem Verhältnis von Sozialdemokratie, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen eine alarmierende Aktualität. Bis vor wenigen Monaten konnte man beim Begriff der »neuen« sozialen Bewegungen allein an die Netzwerke der Alternativbewegung denken. Doch zur Zeit müssen wir erleben, daß nationalistische und rassistische Parolen in einem nicht erwarteten Ausmaß Zulauf erhalten. Es stellt sich die Frage, ob sich hier nicht die Keimzellen einer »ganz neuen« sozialen Bewegung zeigen. Die drohende Polarisierung sozialer Bewegungen weckt historische Erinnerungen und verweist zugleich darauf, daß es schon wegen der politischen Divergenz sozialer Bewegungen keine für alle Seiten und für alle Zeiten gültige Antwort auf unsere heutige Titelfrage geben kann.

Trotz der Komplexität des Themas kann ich freilich nur zu einem Streifzug durch die Geschichte der sozialen Bewegungen in Deutschland einladen: Zunächst will ich zu zeigen versuchen, in welchen Problem- und Sozialstrukturen die Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert als Arbeiter-Bewegung entstand (I), wie sie seit dem Ersten Weltkrieg ihre Bewegungsqualität in der Auseinandersetzung mit sozialen und politischen Veränderungen sowie mit neu entstehenden sozialen Bewegungen wandelte (II) und wie sie dann auf die Herausforderungen ganz neuer Problemlagen und neuer sozialer Bewegungen seit den 1970er Jahren reagierte (III), um schließlich mit einer Bilanz zugleich Kriterien für die Bestimmung aktueller Handlungsperspektiven anzureißen (IV).

I. Die Arbeiterbewegung als Prototyp einer sozialen Bewegung (bis zum Ersten Weltkrieg)

Wenden wir den Blick zunächst zurück in die weitere Vergangenheit: Mit guten Gründen kann das 19. Jahrhundert als das Jahrhundert der Herausbildung sozialer Bewegungen bezeichnet werden. Zu denken ist an die großen weltanschaulich-politisch geprägten Bewegungen wie Liberalismus, sozialer und politischer Katholizismus sowie Sozialdemokratie; und nicht vergessen seien die Anfänge der Frauen-, der Lebensreform- und der Jugendbewegung am Ende des 19. Jahrhunderts.

Was sind die Kennzeichen dieser sozialen Bewegungen? Von einer sozialen Bewegung sprechen wir, wenn sich eine Vielzahl von Menschen über einen längeren Zeitraum in breitgefächerten teils festen und teils lockeren Aktions- und Organisationszusammenhängen trifft, um Inhalt und Richtung sozialer Wandlungsprozesse zu beeinflussen. Dabei ist der »subjektive Faktor« zu betonen: Bewegung lebt von Menschen, die bewegt sind und die bewegen wollen. Vom »Jugendbewegten« über den »Sozi mit Stallgeruch« bis zum »Öko-Freak« reicht das Spektrum der in Lebensstil und Erscheinungsbild »ihre« soziale Bewegung Repräsentierenden. Kurz: Eine soziale Bewegung ist eine mobilisierende gesellschaftsverändernde Kraft – und nur insofern sie diese Funktion bewahrt, ist sie Bewegung.

Was bedeutet diese Definition? Soziale Bewegungen lassen sich also im Hinblick auf die relative Dauerhaftigkeit ihres Bestandes z.B. von Protestdemonstrationen, im Hinblick auf Breite und Flexibilität der Organisations- und Aktionsformen von Parteien und Gewerkschaften unterscheiden. Zwar schließen sich Bewegung und Organisation – z.B. in Form einer Partei – nicht gegenseitig aus; aus der Bewegung kann eine Partei hervorgehen und umgekehrt; doch die Organisation ist nicht das Entscheidende an der Bewegung, deren Aktivitäten sich denn auch nicht im Organisationshandeln erschöpfen. Schließlich sei noch betont, daß der Begriff der sozialen Bewegung keine positive Wertung enthält, so daß er nur emanzipatorischen und demokratischen Bewegungen vorbehalten bliebe. Vielmehr zeigt sich, daß die im Zuge der gesellschaftlichen Modernisierung auftretenden Konflikte durchaus in gegenläufigen politischen Richtungen mobilisierend gewirkt haben und wirken.

Die sozialen Bewegungen waren Ausdruck und zugleich beschleunigendes Moment des durch die Industrialisierung eingeleiteten und vorangetriebenen Modernisierungsprozesses des 19. Jahrhunderts. Durch die miteinander verbundenen Prozesse der Bildungsexpansion, der Verstärkung und der verstärkten Kommunikation wurden überlieferte Rollen- und Schichtenzuweisungen aufgelöst und zugleich die Voraussetzungen für die Herausbildung und Wahrnehmung von Partizipationsansprüchen breiter Kreise der Bevölkerung geschaffen.

Eben wegen der Ungleichzeitigkeit in der wirtschaftlichen und politischen Modernisierung des Kaiserreichs entwickelten soziale Konflikte zugleich politische Sprengkraft: Wer soziale Reformen durchsetzen wollte, der mußte erst die uns heute vielfach selbstverständlichen Rechte – vom Demonstrations- bis zum gleichen und geheimen Wahlrecht – eringen. Diese Doppelung von sozialem und politischem Kampf prägte auch und gerade die sozialdemokratische Arbeiterbewegung; diese wuchs mit ihrer bunten Organisations- und Aktionsvielfalt innerhalb und außerhalb der festgefügtten Institutionen von Partei und Gewerkschaft, mit der steigenden Zahl ihrer Anhänger und mit der kaum zu überbietenden Radikalität ihres alternativen Gesellschaftsentwurfs zu einem Prototyp der sozialen Bewegungen heran.

Doch einige relativierende Bemerkungen sind hier nötig: So ist zunächst darauf hinzuweisen, daß es nicht *die* Arbeiterbewegung gab; allein die Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft genügte nicht, um eine gewisse politische Einheitlichkeit herzustellen; es organisierte sich doch ohnehin nur eine Minderheit, und diese war dann noch durch unterschiedliche soziokulturelle Milieus in christlich-nationale, liberale und sozialdemokratische Richtungen aufgespalten. Und umgekehrt: Die Sozialdemokratie war keineswegs nur eine Bewegung *von* Arbeitern *für* Arbeiter, wengleich diese das Gros ihrer Anhänger bildeten. Auch die organisatorische Vielfalt in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung – von der politischen Partei über die Gewerkschaften und die Genossenschaften bis hin zur Arbeiterkulturbewegung – war keineswegs nur die Basis geschlossener Machtentfaltung; sie barg vielmehr Tendenzen subkultureller Selbstausgrenzung und bot zudem manchen Anlaß zu Flügelkämpfen, Konkurrenzreize und Hegemonialbestrebungen, die oftmals – man denke nur an das Mannheimer Abkommen zwischen SPD und Gewerkschaften (1906) – mit Formelkompromissen verschleiert, nicht aber beigelegt wurden.

Dennoch ist festzuhalten: Bis zum Ersten Weltkrieg war die sozialdemokratische Arbeiterbewegung – mit den genannten Einschränkungen – ohne Zweifel *die* soziale Bewegung par excellence. Das beruhte auf dem Zusammentreffen einer Reihe von Faktoren; deren wichtigster war wohl, daß sie die für die Entwicklung in Deutschland konstitutiven Widersprüche zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Modernisierungsstand mit ihrer allumfassenden Klassen- und Geschichtstheorie ebenso realitätsnah wie zukunftsgezielt auf den Begriff brachte. Solange der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit als der Grundwiderspruch der deutschen Gesellschaft des Kaiserreichs erfahrbar und vielfach anerkannt war und solange die Industrialisierung voranschritt und die Arbeiterschaft stetig anwuchs, solange Ausbeutung, Not und politische Unterdrückung den Alltag vieler Menschen bestimmten – so lange waren Analyse, Politik und Utopie der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Lage, mobilisierend zu wirken und soziale Protestpotentiale einzubinden; oder aber, wo dies – wie in der Frauenfrage – nicht möglich war, brachte sie dennoch mit der Formel »proletarisch« contra »bürgerlich« die Wahrnehmung auch derartiger »Einzelprobleme« in ein auch von den Betroffenen akzeptiertes Raster.

Sozialdemokratische Partei, Freie Gewerkschaften, Genossenschaften und Arbeiterkulturbewegung betrachteten sich – trotz aller Differenzen – letztlich als »natürliche« Partner im Kampf für soziale und demokratische Reformen, die es den »Bürgerlichen« abzutrotzen galt. Die soziale Frage und damit die Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft bildete im 19. Jahrhundert einen zentralen Bewegungs- und Organisationsanstoß, dessen konkrete richtungspolitische Ausformung dann von vorgängigen sozio-kulturellen und weltanschaulichen Prägungen entschieden wurde. Während diese grundsätzliche Problemkonstellation auch in die Jahre der Weimarer Republik fortwirkte, zeichneten sich mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges unübersehbar neue dominante Konfliktmuster sowie Charakter- und Rollenveränderungen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ab, die ihre Integrationsfähigkeit deutlich verminderten.

II. Funktionswandel der Sozialdemokratie – Spaltung der Arbeiterbewegung – Konflikte mit Protestbewegungen vom Ersten Weltkrieg bis zu den 1960/70er Jahren

Schon in der Revisionismus- und in der Massenstreikdebatte um die Jahrhundertwende hatte die sozialdemokratische Arbeiterbewegung die Kluft zwischen utopischen Systemüberwindungszielen und praktisch-sozialreformerischem Engagement auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse nur notdürftig überbrücken können. Wie wenig tragfähig manche Resolutionen waren, zeigte sich in den Debatten um Anti-Kriegsaktionen am Vorabend des Ersten Weltkrieges und vor allem um die von Gewerkschaften und SPD-Fraktion nahezu einmütig getragene Entscheidung zur Bewilligung der Kriegskredite und zur Einhaltung des Burgfriedens. Getreu der Annahme des nationalen Verteidigungsfalles band sich die Sozialdemokratie im Laufe des Krieges immer stärker in die staatspolitische Mitverantwortung ein – in der Hoffnung, im Gegenzug mit der Erfüllung einer Reihe sozialer und politischer Reformforderungen belohnt zu werden, von der Anerkennung der Gewerkschaften bis zur Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts.

Diese Politik fand innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung eine rasch wachsende Zahl von Kritikern und Gegnern, die schließlich 1917 eine eigene Partei, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD), gründeten. Mehrheitssozialdemokratie und die Mehrheit der Freien Gewerkschaften sahen in der Politik der Opposition eine Gefährdung der dem Burgfrieden zugeschriebenen oder der noch erwarteten Errungenschaften; gerade das, was ihnen als Erfolg galt – die zunehmende Einbindung in die staatliche und militärische Mitverantwortung –, heizte indessen Enttäuschung und Verbitterung in wachsenden Kreisen der Arbeiterschaft an. Kriegsmüdigkeit, Friedenssehnsucht und katastrophale Versorgungslage riefen seit dem Winter 1915/16 Hungerunruhen vor allem von Frauen und Jugendlichen und bald auch Streikbewegungen hervor; diese richteten sich nicht nur gegen die militärische und staatliche Führung, sondern auch gegen die Mehrheitssozialdemokratie.

Bei diesen Streikaktionen, erstmals beim April-Streik 1917, entwickelte sich auf der Betriebsebene mit den »Revolutionären Obleuten«, die politisch der USPD nahestanden, eine neue Aktions-, Bewegungs- und

Organisationsform: die Räte. Das war nicht nur eine Antwort auf die akute Notsituation des Krieges, sondern gewiß auch Ausdruck des säkularen Trends zu verstärkter Partizipation durch basisdemokratische Willensbildungsprozesse.

Für die sozialdemokratische Mehrheit der Arbeiterbewegung war damit eine neuartige Situation eingetreten: Zum erstenmal war eine Protestbewegung in der Arbeiterschaft entstanden, die eindeutig aus ihrer eigenen Gefolgschaft oder zumindest aus den für sie am ehesten mobilisierbaren Teilen der Arbeiterschaft herausgewachsen war. Galt die Mehrheitssozialdemokratie in den Augen der protestierenden Arbeiter und Arbeiterinnen als eine der Hauptstützen der Durchhaltepolitik, so sah jene in der Protestbewegung vor allem eine Gefährdung ihrer Politik nationaler Mitarbeit und der dafür erhofften staatlichen Reformen. Die Mehrheitssozialdemokratie und die Gewerkschaften reagierten mit scharfer Abgrenzung von den Oppositionsbewegungen; allenfalls nutzten sie gegenüber der staatlichen und militärischen Führung den Hinweis auf die um sich greifende Radikalisierung der Arbeiterschaft, um ihren eigenen als maßvoll apostrophierten Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen.

Die im Ersten Weltkrieg aufbrechenden Konfliktlinien verhärteten sich in der revolutionären Nachkriegskrise: Zwar hatte die Sozialdemokratie die Revolution weder geplant noch betrieben, doch mit der Abdankung der Monarchie fiel ihr am 10. November 1918 die Macht in den Schoß. MSPD und USPD bildeten gemeinsam die Revolutionsregierung, den Rat der Volksbeauftragten, dessen Handlungsspielraum indes angesichts der unterschiedlichen Positionen der Regierungsparteien gering war. Die Bildung einer parlamentarischen Republik auf pluralistischer Grundlage einerseits und die Radikalisierung der Räte- und Protestbewegung – augenfällige Symptome waren die Gründung der Kommunistischen Partei (KPD) an der Jahreswende 1918/19 und der Spartakus-Aufstand vom Januar 1919 – andererseits ließen die Regierungskoalition rasch scheitern.

Nicht zuletzt unter dem Eindruck der bolschewistischen Revolution in Rußland verkannten Mehrheitssozialdemokratie und Gewerkschaften Ende 1918 die Bedeutung der Räte, die als Kontrollorgan, nicht als Ersatz der »alten« Machteliten fungierten; durch den Kampf gegen diese Organisationen, die bald ihrerseits zum Sturm auf die junge Republik

aufriefen, begaben sie sich eines Teils ihrer eigenen Machtbasis. Die Befürchtung, ein Entgegenkommen gegenüber der Rätebewegung würde wirtschaftliches Chaos, Diktatur einer Minderheit oder Bürgerkrieg heraufbeschwören, war eine der Ursachen dafür, daß durchaus vorhandene Handlungsspielräume für strukturelle Reformen zur Beschneidung der Machtbasis der alten Eliten vor allem in Verwaltung und Justiz nicht genutzt wurden. Auf der einen Seite behielten die un-, wenn nicht antidemokratisch eingestellten Führungsschichten des Kaiserreichs ihre Machtposition, die sie bald zur Aushöhlung und dann Zerstörung der Republik nutzten. Und auf der anderen Seite machte sich in Teilen der Arbeiterschaft Verbitterung über den Ausgang der Revolution und über die Politik der MSPD breit, so daß auch hier keine stabile Unterstützung für die demokratische Republik wuchs.

Dennoch: Eine Reihe von Anzeichen spricht dafür, daß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in den 1920er Jahren eine Blütezeit erlebte: Die Verfassung trug – was die sozialen und demokratischen Rechte anlangt – ihren Stempel; die SPD war an Regierungen auf allen Ebenen beteiligt; die Gemeinwirtschaft florierte; die Gewerkschaften hatten eine feste rechtliche Basis für ihre Tarif-, Sozial- und Betriebspolitik; und die Arbeiterkulturbewegung entfaltete ein reges Leben. Eben deswegen identifizierte sich die Sozialdemokratie mit dieser, »ihrer« Republik – deren politische Kultur freilich alles andere als sozialdemokratisch dominiert war.

Indessen ist nicht zu übersehen, daß sich die Aktivitäten der Sozialdemokratie vor allem durch die Einbindung in die Regeln der parlamentarischen Republik, in den Tarif- und Schlichtungsmechanismus und in die Selbstverwaltung der Sozialversicherung mehr und mehr zugunsten der »Organisationspolitik« verschoben. Staatsloyalität bis an den Rand der Selbstaufgabe, Vorbehalte gegen außerparlamentarische Aktions- und Bewegungsformen, zunehmende Überalterung von Führung und Mitgliedschaft bei Partei und Gewerkschaften und Bürokratisierung der Entscheidungsstrukturen – das waren klare Indizien für die Veränderung von Selbstverständnis und Funktion der Sozialdemokratie, die – parallel zur Abschleifung der sozio-kulturellen Milieugrenzen – ihren Bewegungscharakter einzuschränken begann. Die Sozialdemokratie stellte sich wie kaum eine andere politische Bewegung auf den Boden der Weimarer Demokratie; die SPD verstand sich als

Volkspartei, die Gewerkschaften sahen sich als Teil einer demokratischen Volkskultur.

Nun war die Sozialdemokratie auch in der Weimarer Republik – trotz der Spaltung der Arbeiterbewegung – keineswegs homogen. Zu erinnern ist an das Auseinanderdriften von Partei und Freien Gewerkschaften, an den Konflikt zwischen Koalitionsraison und Staatsverantwortung einerseits und Arbeitnehmerinteressenvertretung andererseits, der beim Bruch der großen Koalition im März 1930 offen zu Tage trat. Zu erinnern ist auch an die Kontroverse um den gewerkschaftlichen Arbeitsbeschaffungsplan 1932, den die Mehrheit der SPD wegen politisch-taktischer und ideologischer Vorbehalte nicht akzeptieren mochte.

Und auch die SPD selbst war nicht frei von Flügelkämpfen und inneren Widersprüchen: Die Zielperspektive des Sozialismus und das Selbstverständnis der grundsätzlichen Systemopposition waren keineswegs erloschen. Jede Regierungsbeteiligung bedeutete eine Zerreißprobe für die SPD, die angesichts der wachsenden Konkurrenz der KPD mit der ungewohnten Situation fertigwerden mußte, nicht mehr die alleinige und unbestrittene Partei der Arbeiterbewegung, sondern eine »Mittelpartei« zu sein. Gerade dies führte zu dem Dilemma, daß jedes Zugeständnis an den einen Parteiflügel Verluste auf der anderen Seite heraufbeschwor.

Gewiß kann man darüber spekulieren, ob nicht die einzige Chance zur Ausweitung des Wählerpotentials der SPD in der bewußten Profilierung als Reform-Partei *ohne* Transformationsziel bestanden habe. Hätte man also auf die Sozialismus-Rhetorik und damit auf ein Element des Bewegungscharakters – allen innerparteilichen Widerständen und allen Konkurrenzproblemen mit der KPD zum Trotz – verzichtet, wären kaum die Wählerzahlen, aber wohl doch die Koalitionchancen der SPD gestiegen. Doch ob dies die Lage des Parlamentarismus stabilisiert hätte, ist – angesichts der Ausdünnung der demokratischen Mittelparteien – überaus zweifelhaft. Festzuhalten aber ist: Es gelang der Sozialdemokratie nicht oder nur sehr begrenzt, neue Wähler- bzw. Mitgliedschichten anzusprechen. Weder SPD noch Gewerkschaften konnten – man denke nur an den geringen Anteil von Angestellten und Frauen, den relativ hohen Anteil von Arbeitern an der Mitgliedschaft – mit dem sozialen Wandel Schritt halten. In den 1920er Jahren zeichneten sich Defizite ab, die die Sozialdemokratie auch weiterhin begleiteten.

Allerdings wäre es eine enorme Überschätzung der Bedeutung der Sozialdemokratie, wenn man ihr die Verantwortung für Herausbildung und Aufstieg der totalitären, anti-parlamentarischen Massenbewegungen zuschieben wollte, an denen schließlich die Weimarer Republik scheiterte. Kommunismus und Nationalsozialismus waren – bei aller Gegnerschaft – durch ein Politikverständnis geeint, das dem der Sozialdemokratie entgegengesetzt war: Während bei der SPD im Laufe ihrer eigenen Entwicklung und der des politischen Systems die programmatischen Ziele zugunsten der praktischen Reformpolitik relativiert wurden, kennzeichnete die Politik von KPD und NSDAP eine Radikalisierung der Kampf- und Aktionsorientierung bei gleichzeitiger Verabsolutierung der eigenen Ziele; eben dies unterstützte ihren Bewegungskarakter, wenn es nicht dessen Basis war.

Dem durch die politische und wirtschaftliche Krise der Endphase der Weimarer Republik beschleunigten Aufstieg der totalitären Bewegungen hatte die Sozialdemokratie wenig entgegenzusetzen: Noch hielt das sozialdemokratische Milieu zwar zusammen; doch die Auszehrung der Arbeiterbewegungskultur und die Überformung durch die kommerziellen Massenmedien hatte schon Ende der 1920er Jahre begonnen – bevor die nationalsozialistische Diktatur sie zerschlug und die Wirtschaftswunder-Kultur der 1950er Jahre sie begrub. Politisch setzte die Sozialdemokratie bis zum bitteren Ende auf die Hoffnung, durch Tolerierung der Regierung Brüning Zeit zu gewinnen – Zeit, in der sich die wirtschaftliche Lage verbessern könne, was zum Rückgang der Stimmen für die extremen Flügelparteien und zur Rückkehr zu regierungsfähigen parlamentarischen Mehrheiten führen werde. Demgegenüber nutzten NSDAP und KPD Möglichkeiten der Massenmobilisierung, die die Führung der Sozialdemokratie als unverantwortliche Verhetzung und Vorbereitung zum Bürgerkrieg ablehnte – aus ihrer eigenen Tradition ablehnen mußte.

Die Sozialdemokratie stand für Disziplin, Pluralismus, Legalität und Gewaltlosigkeit. Dies konnte und wollte sie nicht ändern. Einen Kompromiß, eine Zusammenarbeit mit den totalitären Bewegungen konnte es für die Sozialdemokratie nicht geben. Andere Parteien sahen dies zumindest im Verhältnis zu den Nationalsozialisten anders und wurden Opfer ihres eigenen Taktierens. Ob es der Republik und der Sozialdemokratie etwas geholfen hätte, wenn sich letztere stärker auf ihre eigene

Bewegungstradition hätte besinnen wollen, um etwa im Generalstreik die Machtübernahme der Nationalsozialisten zu verhindern, wage ich zu bezweifeln.

Das Desaster der deutschen Demokratie 1932/33, die weitgehende Integration der Arbeiterschaft in den nationalsozialistischen Staat und die sozialen und mentalen Verwerfungen durch Diktatur, Krieg und Kriegsfolgen einerseits, die Begrenzung der Sozialdemokratie auf die Handlungsbedingungen in Illegalität und Exil andererseits verursachten einen tiefen Bruch in der Entwicklung der Arbeiterbewegung, der – selbst wenn es gewollt gewesen wäre – kaum zu überwinden war. Allein die Frage nach dem Weg der vom Nationalsozialismus geprägten Jugend in die Demokratie (und teilweise zur Sozialdemokratie), den Friedhelm Boll in seinem Beitrag nachzeichnet, macht das Ausmaß der damaligen Probleme deutlich.

Schon im Hinblick auf die Sozialdemokratie der Jahre direkt nach 1945 kann man gewiß darüber streiten, ob der Begriff »Arbeiterbewegung« überhaupt noch angemessen ist. Bürokratisierung, weitgehender Verzicht auf Massenaktionen und der fast vollständige Verlust der Arbeiterkulturbewegung sprechen eher dagegen. Nicht übersehen seien indessen das nach wie vor bestehende Übergewicht der Facharbeiterschaft in der Wähler- bzw. Mitgliedschaft und das Fortleben der Sozialismus- und Klassenkampf-Rhetorik, die jedoch bald als Belastung empfunden wurde, zumal ihr Mobilisierungseffekt im heraufziehenden Kalten Krieg gering war.

Vollends deutlich wurde der Wandel der SPD im Laufe der 1950er Jahre. Sie zog die Konsequenzen aus der von ihr selbst mitgetragenen Stabilisierung der parlamentarischen Demokratie, aus der gerade auch von den Gewerkschaften erkämpften Verbesserung des Lebensstandards breiter Bevölkerungskreise als Folge des »Wirtschaftswunders« und aus der Zustimmung der Wähler zum Kurs der Regierung Adenauer – und aus den eigenen Wahlniederlagen: Anerkennung der marktwirtschaftlichen Ordnung auf kapitalistischer Grundlage, Anerkennung auch der Westintegration, Bekenntnis zu den Prinzipien schrittweiser Sozialreform und Abkehr von Endzeit- und Erlösungsideen sowie von der Klassenkampftheorie – das waren die Ergebnisse einer schwierigen programmatisch-politischen Neuorientierung, die mit dem Godesberger Programm 1959 ihren Ausdruck fand.

Und auch die Gewerkschaften veränderten ihren Charakter: Die Gründung der zu parteipolitischer Unabhängigkeit und zum weltanschaulich-programmatischen Kompromiß verpflichteten Einheitsgewerkschaften und die zunehmende Institutionalisierung der Gewerkschaften durch Tarifvertrags- und Mitbestimmungssysteme sowie die sozialen Erfolge der 1950er Jahre ließen weitgesteckte sozialreformerische Ziele in den Hintergrund treten. Das Grundsatzprogramm 1963 vollzog den Godesberger Prozeß der SPD nach.

Die Gemeinwirtschaft allein war schließlich nicht in der Lage, die kulturelle Identität der Arbeiterbewegung zu bewahren; überdies verwischten Geschäftssinn und Gigantomanie ihr Profil bis zur Unkenntlichkeit, lange bevor die Krise um die Neue Heimat ihr den Todesstoß versetzte.

SPD und Gewerkschaften hatten mannigfache Probleme mit ihren neuen Rollen und miteinander. Die SPD als Volkspartei mit Arbeitnehmerschwerpunkt wollte und konnte sich nicht (mehr) als der parlamentarische Arm der Gewerkschaften verstehen; und die Einheitsgewerkschaften konnten und wollten nicht als Transmissionsriemen sozialdemokratischer Politik in der Arbeitnehmerschaft gelten. Politische Auseinandersetzungen zwischen SPD und Gewerkschaften haben daher seit den 1950er Jahren einen grundsätzlich neuen Charakter angenommen – selbst wenn sie nicht (immer) offener als etwa in der Weimarer Republik ausgetragen werden. Man wird also keineswegs von einer nahtlosen politischen Einmütigkeit zwischen SPD und Gewerkschaften ausgehen können. Zu erinnern ist nur an die unterschiedlichen Stellungnahmen zum Petersberger Abkommen und zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland.

Das Bild der Sozialdemokratie in den 1950er Jahren wäre jedoch unvollständig, schaute man nur auf die Indizien zunehmender Institutionalisierung und Systemintegration. Nicht vergessen sei, daß in Mai-Kundgebungen (vor allem in West-Berlin), daß in den Streiks und Demonstrationen etwa zum Betriebsverfassungsgesetz und zur Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall sowie in der Anti-Atomtod-Bewegung Traditionselemente der Arbeiterbewegung fortlebten.

Schlußpunkt der »alten« Protestbewegungen und zugleich den Keim einer neuen sozialen Bewegung bildete die Studentenbewegung der 1960er Jahre, die Willy Albrecht in seinem Beitrag genauer untersucht. Eingebettet in eine Kultur des Aufbruchs zu neuen Ufern, stellten sich vor allem Jugendliche, zumeist Studenten, einer Reihe von Problemen –

vom Vietnam-Krieg über die Hochschulreform bis zu den Notstandsgesetzen.

Speziell in der Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze kam es zu ernsthaften Verstimmungen zwischen SPD und Gewerkschaften, fanden sich doch beide jeweils mehrheitlich in gegnerischen Lagern wieder: Die Mehrheit der SPD war grundsätzlich zur Änderung des Grundgesetzes bereit, die der Gewerkschaften lehnte eben dies prinzipiell ab. Ein Brückenbau wurde dadurch möglich, daß es indessen in beiden – in SPD und Gewerkschaften – jeweils starke Minderheiten gab, die eine vom Mehrheitskurs abweichende Position vertraten. Besonderes Kennzeichen der Debatte aber wurde das Zusammenwirken von universitär-intellektuellem Protest, links-liberaler Publizistik und gewerkschaftlicher Opposition, wobei den Gewerkschaften die Hauptlast der Vermittlung der widerstreitenden Positionen zufiel. Schaut man auf das Ergebnis, auf das im »heißen Mai« 1968 verabschiedete, an demokratischen Prinzipien orientierte Notstandsrecht, so kann man die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze als Beispiel für das gelungene Zusammenspiel von parlamentarischer Partei und außerparlamentarischer Protestbewegung ansprechen. Bei aller Abgrenzung von Inhalt und Form der jeweiligen Politik, man denke an die Polemik gegen »langhaarige Berufsdemonstranten« oder gegen das »faschistoide System« und das »Establishment«, wurde bis zur letzten Minute ernsthaft versucht, einen an rational begründbaren Bedenken der jeweiligen Kritiker orientierten Kompromiß zu finden.

Nicht vergessen sei, daß sich in dieser Kontroverse neue Politikformen herausbildeten, in denen sich Keime einer neuen sozialen Bewegung abzeichneten: Mit zunehmender Stärke formierten sich neben der gewerkschaftlichen Funktionärskampagne mit ihren traditionellen Versammlungs- und Kundgebungsformen nun in *Sit-in* und *Go-in* jugendliche Protestgruppen. Je näher ein Kompromiß im Parlament rückte, desto radikaler gerierten sich diese Gruppen, die jedoch auseinanderfielen oder in subkulturelle Zirkel abtauchten, als die Entscheidung gefallen war. Die gerade noch als autoritär, wenn nicht als faschistoid beschimpfte SPD konnte mit Willy Brandts Slogan »Mehr Demokratie wagen« einen guten Teil der in den 1960er Jahren politisierten Jugendlichen an sich binden, von denen nicht wenige den »langen Marsch durch die Institutionen« antraten.

Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre gelang es der SPD für eine kurze Zeitspanne, den in weiten Kreisen der Bevölkerung erwachenden Wünschen nach ökonomischer Modernisierung, deutschland- und außenpolitischer Neuorientierung und grundsätzlicher gesellschaftlicher Reform sowohl personell als auch programmatisch-politisch glaubhaft zu entsprechen. Damit war zugleich – ich erinnere nur an die Wählerinitiativen und Zeitungsanzeigen-Kampagnen – eine Wiederbelebung der Bewegungsqualität verbunden. Beatrix Wrede-Bouvier beleuchtet in ihrem Beitrag diesen Prozeß – und sein rasches Ende. Schon Mitte der 1970er Jahre schlug das gesellschaftliche Klima unter dem Einfluß von Ölpreisschock und wirtschaftlicher Rezession sowie oftmals enttäuschenden Resultaten der Entspannungspolitik um. Dies blieb nicht ohne Einfluß auf das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften: Etwa seit dem ÖTV-Streik 1974 begann sich ein Konfliktpotential aufzubauen, das sich bis zur »Wende« des Jahres 1982 kontinuierlich zuspitzte und das durchaus an die Konstellation beim Bruch der großen Koalition 1930 erinnerte. In wenigen Jahren wurde die Mehrheitsfähigkeit der SPD zwischen den Fronten von Gewerkschaften, liberalem Koalitionspartner und neuen sozialen Bewegungen aufgerieben – und auch verspielt.

III. Der Niedergang der »klassischen« Arbeiterbewegung und der Aufstieg *neuer* sozialer Bewegungen

Gewiß war die Studentenbewegung der 1960er Jahre in ihrer politisch-ideologischen Frontstellung den traditionellen Konfliktthemen verhaftet; aber mit den Veränderungen des Lebensstils – vom anti-autoritären Kinderladen bis zur Wohngemeinschaft – wurde sie zum Wegbereiter einer neuen politischen Kultur: Kritik an der Industrie- und Wachstumsgesellschaft, Konsumverzicht und Konsumverweigerung, Sehnsucht nach ganzheitlichen Lebenserklärungen und -zusammenhängen wurden zu Kennzeichen der Alternativbewegung, die sich in den 1970er/80er Jahren entfaltete. Waren die neu entstehenden Gruppen auch je nach Themenschwerpunkt – als Frauen-, Friedens-, Dritte-Welt- und Ökologiebewegung – voneinander getrennt, in der Suche nach einem alternativen Lebensstil, nach einer wert- und identitätsbezogenen Lebensgestaltung

mit ökologischen und partizipatorischen Zielsetzungen, waren sie jedoch als Teile eines »Netzwerks« geeint.

Die soziale Basis der neuen sozialen Bewegungen bildete nicht die Arbeiterschaft, sondern die Schicht der Dienstleistungsangestellten und Akademiker; aufgrund des Wandels der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft waren diese Gruppierungen erstmals in der Geschichte selbst in der Lage, einer sozialen Bewegung Massencharakter zu verleihen und nicht nur als – oftmals selbst ernannte – Avantgarde zu fungieren. Hatte die Alternativbewegung auch in der Arbeiterschaft kaum Resonanz, so fand sie doch Sympathien in SPD und auch Gewerkschaften, deren Mitgliederstruktur sich freilich durch die Zunahme des Anteils der Angestellten, Frauen und Jugendlichen seit den 1970er Jahren deutlich verändert hatte. Gewiß haben – vielfach von Sozialdemokraten initiiert – Bildungsexpansion und soziale Sicherung sowie die Partizipationsdebatte der 1970er Jahre den Boden für diese Bewegung bereitet; ihre Schubkraft hat sie aber aus dem Verlust des Fortschrittsglaubens, aus der Erkenntnis der spürbaren Grenzen des Wachstums und aus dem Gefühl der Ohnmacht gegenüber Rüstungswettlauf, Umweltzerstörung, weltweiter Ausbeutung und männlicher Privilegierung erhalten.

Für die SPD und die Gewerkschaften bedeutet der Wandel zur Kommunikations- oder Dienstleistungsgesellschaft mit Arbeitnehmern hoher Qualifikation und hochindividualisierten Berufs- und Lebensperspektiven die wohl größte Herausforderung ihrer Geschichte.

Der soziale Wandel entzieht beiden – SPD und Gewerkschaften – den Kern ihrer sozialen Basis: Die industrielle Facharbeiterschaft, das frühere Rückgrat der Organisationen, schrumpft. Bei Angestellten und »modernen« Arbeitnehmern Fuß zu fassen fällt indessen beiden schwer, auch wenn – speziell für die SPD – nicht mehr von einer Dominanz der traditionellen Arbeiterschichten gesprochen werden kann.

Außerdem ist die Idee der Organisation, wie sie SPD und Gewerkschaften verkörpern, ins Gerede gekommen. Das, was jahrzehntelang zur geschlossenen Machtentfaltung angestrebt wurde, gilt heute vielfach als Mittel der Disziplinierung ursprünglicher Spontaneität. Zentralistische Bürokratie, anonyme Apparate und basisfeindliche Politik sind nur einige der Schlagworte, mit denen SPD und Gewerkschaften seit den 1970er Jahren oftmals bedacht wurden.

Zudem wurden die Erklärungs- und die Lösungskompetenz von SPD und Gewerkschaften für die neuen Probleme gering geachtet. Parallel zum Übergang zur Informations- und Dienstleistungsgesellschaft sind kollektive Deutungsmuster wie das des Grundwiderspruchs von Kapital und Arbeit und Ziele materieller Lageverbesserung zugunsten neuer Konfliktthemen und Werte zurückgestuft worden. Sozialdemokratische Partei und einige große Einzelgewerkschaften galten dabei als Teilhaber eines Wachstumskartells und damit als Mittäter der Umweltzerstörung. Daß dieser Vorwurf an die Adresse der SPD in Bonner Regierungszeiten lauter war, daß er in den 1980er Jahren angesichts deutlicher Ansätze zu einer politischen Neuorientierung nahezu verstummte, bietet für die Verantwortlichen in SPD und Gewerkschaften gewiß wenig Trost. Denn angesichts der aktuellen Probleme drohen SPD und Gewerkschaften von Gruppen höchst unterschiedlicher Erwartungen zerrissen zu werden: Da sind zum einen die »traditionellen« Arbeiter und Arbeitnehmer, die sich in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit und Preissteigerung auf den Kernbereich der materiellen Lebensstandardsicherung konzentrieren. Da ist zum zweiten die heterogene Schicht der an individuellen Aufstiegszielen orientierten modernen Arbeitnehmer von Wachstumsbranchen oder -berufen des Dienstleistungs- oder EDV-Bereichs, die ihre wirtschaftlichen Interessen meinen auf eigene Faust wahrnehmen zu können. Und schließlich sind da drittens die vielfach akademisch ausgebildeten, in zahlreiche Gruppierungen aufgespaltenen Anhänger einer alternativen Arbeits- und Lebenskultur. Und diese Konfliktlinien werden überdies überlagert von Geschlechterfragen und den durch die deutsche Vereinigung aufgeworfenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Problemen.

Angesichts derartig widersprüchlicher Erwartungen eine Politik zu formulieren, die mehrheitsfähig und geschlossen ist, ähnelt der Quadratur des Zirkels – zumal Anhänger aller drei Positionen in der SPD und in den Gewerkschaften zu finden sind. Nur so viel ist sicher: Durch kosmetische Operationen am Erscheinungsbild der alten Organisationen ist das nicht zu erreichen. Sicher mag erst die Zukunft zeigen, ob die Bildung von immer neuen Arbeitsgemeinschaften auf die Dauer ein erfolgreicher Weg ist, der wachsenden Pluralität der Interessen auch innerhalb einer großen Volkspartei zu entsprechen. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß gerade die Arbeitsgemeinschaften – früher die Jungsozialisten (Jusos), heute die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

– eben wegen ihres ausgeprägten Eigenlebens Anknüpfungspunkte für themenzentrierte Zusammenarbeit mit Teilen bzw. Gruppen der außerparlamentarischen oder neuen sozialen Bewegungen bieten. Hat sich auch gezeigt, daß die Bemühungen um die Addition von Minderheiten zusammen noch keine Mehrheitsfähigkeit ergeben, so ist doch keine erfolgversprechende Alternative zur verstärkten Öffnung von SPD und Gewerkschaften für andere gesellschaftliche Gruppierungen und Bewegungen demokratisch-partizipatorischer Prägung in Sicht – auch wenn dies die Formulierung einer geschlossenen Politikkonzeption erschwert, auf die es aber letztlich ankommt.

SPD und Gewerkschaften sind also ins Kreuzfeuer einer Kritik geraten, die vielfach aus enttäuschten Erwartungen gespeist wird. Daß sie überhaupt als Adressat von Hoffnungen der Vertreter der neuen sozialen Bewegungen in Frage kamen, kann einerseits als Kompliment an ihre aufgrund historischer und eigener Erfahrungen vermutete Innovationsfähigkeit gelten; dies ist aber wohl andererseits Konsequenz des Doppelseits von Sozialdemokratie und Gewerkschaften: Beide sind – auch heute noch – gekennzeichnet durch die Doppelung von realer Institutionalisierung und Bewegungstradition, von Staatsverantwortung und Protestkultur. Das beschwört bei der inhaltlichen und strategischen Orientierung immer neue Komplikationen herauf, ist aber auch ein Anknüpfungspunkt für die Kooperation mit neuen emanzipatorischen Bewegungen. Zumal in Zeiten sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung hat sich die SPD schwer damit getan, den dazu nötigen, auch in Teilen der Mitgliedschaft angemahnten Umdenkungsprozeß in die Wege zu leiten. Ich erinnere nur an die Stellung zur Umweltbewegung zu Anfang der 1980er Jahre. Nach einer Phase der Kommunikationsverweigerung wurden dann in der Opposition nach und nach einzelne politische Forderungen aufgegriffen und in einem langwierigen Diskussionsprozeß zu einer neuen Gesamtprogrammatik zum ökologischen Umbau der Industriegesellschaft integriert. Das »Berliner Programm« kann als Ausdruck dieser Bemühungen gelten, die mit der deutschen Einigung indessen in Vergessenheit zu geraten drohen. Auch hier zeigt sich, daß die »eigentliche« Wende in der Geschichte der Bundesrepublik nicht 1982, sondern 1989/90 erfolgte.

Wenn man den mühsamen Weg zum Dialog mit den neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik begrüßt, kann man nicht darüber

hinwegsehen, daß die SPD – befangen in den Bahnen ihrer für die 1960/1970er Jahre angemessenen, weil emanzipativen Ost-Politik – in den 1980er Jahren nicht die Bedeutung der in der DDR (und im Ostblock generell) entstehenden Oppositionsgruppen erkannt hat. Gewiß waren der KSZE-Prozeß und der Dialog mit der SED um die Entwicklung einer »Streitkultur« auch als Teile einer Strategie zur Absicherung von Bürgerrechten in der DDR gedacht; dennoch konnte der Eindruck entstehen, die SPD habe in einem offensiven Auftreten von Protestbewegungen in der DDR eher eine Störung ihrer gouvernemental-etatistischen Politikkonzeption gesehen, an der sie festhielt, auch als und obgleich sie nicht mehr Regierungspartei war. Auch der überaus behutsame Kontakt zu der sich herausbildenden Sozialdemokratischen Partei in der DDR, deren Entstehen Patrik von zur Mühlen nachzeichnet, gehört zu den Indizien für die Schwierigkeiten der SPD, sich dem Dialog mit neuen Bewegungen zu öffnen.

IV. Bilanz und Perspektiven

Versuchen wir abschließend eine Bilanz zu ziehen und zugleich Hinweise für ein an bestimmten Prinzipien orientiertes Verhältnis von Sozialdemokratie, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zu gewinnen, das aus der schlichten Polarität von Gegner- oder Partnerschaft hinausführt.

Bei unserem Gang durch die Geschichte hat sich gezeigt, daß soziale Bewegungen sowohl Ausdruck als auch Motor von politischen, sozialen und kulturellen Wandlungsprozessen sind, in deren Verlauf sie sich selbst verändern. An kaum einer sozialen Bewegung kann man dies deutlicher ablesen als an der Arbeiter-Bewegung, speziell an der Sozialdemokratie.

Angestoßen vom Modernisierungsprozeß des 19. Jahrhunderts, bot die Arbeiterbewegung die Antwort eines großen Bevölkerungsteils auf die sozialen und politischen Fragen der Zeit; dabei entsprach der Grad der Ausbeutung und Ausgrenzung durch die Herrschenden der Radikalität von Zielsetzung und kultureller Identität seitens der Arbeiterbewegung. Mit der auch und gerade von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung vorangetriebenen politischen Demokratisierung und sozialen

Besserstellung weiter Kreise der Arbeitnehmerschaft, mit dem in den 1920er Jahren erkennbaren Wandel der Beschäftigtenstruktur und mit der realen Möglichkeit zur Übernahme politischer Verantwortung veränderte auch die Sozialdemokratie ihre Struktur, ihr Selbstverständnis und ihre Funktion. Parallel zur Festigung der Demokratie und zum Ausbau des Wohlstandes seit den 1950er Jahren hat sich dieser Prozeß fortgesetzt, ohne daß jedoch die SPD und erst recht die Gewerkschaften mit dem sozialen und kulturellen Wandel strukturell hätten Schritt halten können. Sozialer Wandel sowie reale soziale und politische Erfolge ließen radikale Gesellschaftsentwürfe, schichtenmäßige Eingrenzung, gegenkulturelle Abkapselung und spontane Aktionsformen an Bedeutung verlieren, so daß die Sozialdemokratie nach und nach ihren Charakter als Arbeiter-Bewegung weitgehend einschränkte, ohne ihn jedoch jemals völlig aufzugeben. Er lebt fort in der Orientierung an traditionellen Arbeitnehmerinteressen sowie in Streikaktionen und Demonstrationen, und er flackert auf in Nachbarschafts- und Stadtteilkulturen, ist dabei jedoch oftmals thematisch eng umgrenzt und vielfach defensiv motiviert.

Eben weil in Sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften Institutionalisierung und Bewegungstradition vereint sind, sind die Überschneidungen mit den neuen sozialen Bewegungen, soweit sie demokratisch-emanzipatorische Ziele verfolgen, hier am größten; eben daraus resultiert die besondere Verbitterung, mit der oftmals um Ziele und Wege gestritten wurde und wird.

Mit dem Übergang zur Dienstleistungs- oder Informationsgesellschaft, jedenfalls mit der Krise der Industriegesellschaft sind neue soziale Bewegungen auf den Plan getreten, die in Radikalität des Gegenentwurfs, Flexibilität der Aktionsformen und Vielfalt der Gruppenvernetzung an die Arbeiterbewegung des Kaiserreichs erinnern. Man muß kein Prophet sein, um vorhersagen zu können, daß auch die neuen sozialen Bewegungen durch Parteibildung, politische Mitverantwortung und Erfolge einem Prozeß der Systemintegration unterworfen sind, in dessen Verlauf sich ihr Bewegungscharakter (weiter) abschleifen wird.

Gewiß sind soziale Bewegungen Anzeichen eines realen Pluralismus in der Gesellschaft; doch die Konflikt- und Themenzentrierung und der Hang zu Utopien bergen die Gefahr des politischen Illusionismus und der Verabsolutierung der eigenen Ziele sowie der Mittel; so wird bei bewußten Regelverletzungen durch zivilen Ungehorsam zum Teil Gewalt-

anwendung nicht nur in Kauf genommen, sondern auch eingeplant. Und die angestrebte Identität von kulturellem und politischem Lebenszusammenhang, die Voraussetzung einer lebendigen Milieubildung und -bindung ist, kann – dies eine der Lehren der sozialdemokratischen Geschichte – zur Herausbildung einer Ghetto-Mentalität und zu subkulturellen Verengungen führen, die den politischen Dialog mit anderen Gruppen gefährdet oder ausschließt.

Auf der anderen Seite ist nicht zu leugnen, daß etablierte Organisationen mit der Tendenz zu Bürokratisierung und politischer Erstarrung keineswegs als Garanten lebendiger Demokratie gelten können. Verteufelung jedes Akts zivilen Ungehorsams, Legalismus bis zur Staatsvergötzung, Mißbrauch parlamentarischer Spielregeln zur dauerhaften Absicherung einer Elitenherrschaft, Mangel an politischen Perspektiven – all das sind Gefahren, denen eine Demokratie *ohne* die Herausforderungen sozialer Bewegungen demokratisch-emanzipativen Zuschnitts erliegen würde. Daher ist es eine Überlebensfrage für demokratische Systeme, ihre Dialog- und Innovationsfähigkeit im Umgang mit neuen Problemen und Bewegungen zu schärfen und unter Beweis zu stellen.

Durchgängig zeigte sich im historischen Rückblick, daß es zwischen Sozialdemokratie und jeweils neuen emanzipatorischen Bewegungen immer zunächst Berührungängste und Abgrenzungsbemühungen auf beiden Seiten gab; im zweiten Schritt unternahmen beide – Organisationen und Bewegungen – oftmals gegenseitige Instrumentalisierungsversuche. Vielfach gar nicht oder erst sehr spät erkannt wurde, daß die radikaleren Forderungen der Bewegungen den Vorstellungen der etablierten Organisationen Nachdruck verleihen und überdies das Kompromißfeld verschieben konnten. Doch selbst wenn dieses erkannt und genutzt wurde, kam die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen oftmals nicht über die Bemühungen um Instrumentalisierung, Abwerben und Integration der Mitgliedschaft hinaus. Daß dies im Umgang mit den neuen sozialen Bewegungen – man denke an die Koalitionsbildungen – inzwischen anders ist, dürfte auf die Anerkennung der parlamentarisch-demokratischen Spielregeln durch die aus der Bewegung hervorgegangene Partei der »Grünen« und auf die existentielle Bedeutung der neuen Konfliktlagen zurückzuführen sein, für deren Bearbeitung die neuen Bewegungen vielfach eine originäre Kompetenz beanspruchen können.

In der Tat ist – nach Jahren der gegenseitigen Abgrenzung zwischen Sozialdemokratie, Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen – inzwischen die Erkenntnis gewachsen, daß Organisationen als Wahrer der Kontinuität und Bewegungen als Kristallisationskerne neuer Probleme und Konflikte sich gegenseitig funktionell ergänzen können. Voraussetzung dafür ist allerdings ein Minimalkonsens über die Grundlagen der gewünschten gesellschaftlichen Entwicklung. Basis eines solchen Minimalkonsenses muß und kann sein: die Anerkennung der Menschenrechte; die Anerkennung des Interessenpluralismus und die Anerkennung der Grundsätze einer parlamentarisch-demokratischen Konfliktregulierung einschließlich des Mehrheitsprinzips sowie die Anerkennung der Geltung verfassungsgemäß zustande gekommenen Rechts, einschließlich des staatlichen Gewaltmonopols. Erst wenn Übereinstimmung in diesen Punkten gesichert ist, kann über konkrete Einzelorderungen gesprochen werden, wobei gerade in bezug auf diese die etablierten Organisationen ihre Lern- und Innovationsfähigkeit und ihre Handlungsbereitschaft beweisen müssen.

Dies ist also keine Zusammenarbeitsforderung um jeden Preis. Der oben angedeutete Minimalkonsens muß eingehalten werden, auch wenn sich – scheinbare – Übereinstimmungen in den Zielen ergeben. Vielmehr geht es um die tatkräftige Gestaltung einer sozial und ökologisch verantwortlichen Demokratie, deren reale Lebensverhältnisse – so ist zu hoffen – der grassierenden Parteienverdrossenheit und etwaigen Extremen den Boden entziehen, damit sich die Keime rechts-extremer Gewalt nicht zu einer »ganz neuen« sozialen Bewegung entwickeln. Auf dem Weg zu diesem Ziel – dies hat sich etwa in den Konflikten der 1960er Jahre erwiesen – ist die Zusammenarbeit von SPD, Gewerkschaften und demokratischen Bewegungen dringend nötig, wenn diese – ohne Gefährdung des Konsenses der Demokraten insgesamt – auf der Basis rechtsstaatlich-demokratischer Prinzipien eingeleitet wird.

Ausgewählte Literatur

- Ebbighausen, Rolf/Friedrich Tiemann (Hrsg.), Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Ein Diskussionsband zum 60. Geburtstag von Theo Pirker, Opladen 1984
- Lösche, Peter/Franz Walter, Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992
- Meyer, Thomas, u. a. (Hrsg.), Lern- und Arbeitsbuch deutsche Arbeiterbewegung, 2. Aufl., Bonn 1988 (4 Bde.)
- Miller, Susanne/Heinrich Potthoff, Kleine Geschichte der SPD, 7., überarb. u. erw. Aufl., Bonn 1991
- Mooser, Josef, Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlage, Kultur und Politik, Frankfurt/M. 1984
- Raschke, Joachim, Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt u. New York 1987
- Schneider, Michael, Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989